

Editorial Nr. 17

Erinnern wir uns:

Die Unterdrückung geht weiter, ebenso die Strafflosigkeit

9. September 2021

Ana Piquer, Exekutivdirektorin von Amnesty International, Chile

Jetzt, wo wir uns ein weiteres Jahr des Staatsstreiches erinnern, gedenken wir, wie alle Jahre, der Opfer schwerster Verbrechen gegen die Menschenrechte unter der Diktatur. Jedoch das Versprechen des „Niemals wieder“, welches wir uns gegen Ende dieser Ära gegeben hatten, hat sich absolut nicht erfüllt.

Unter allen Regierungen nach der Diktatur haben wir, wenngleich auch in kleinerer Zahl aber durchgängig, Opfer von Polizei- und Militärgewalt gehabt. Es ist die Strafflosigkeit – in der Vergangenheit und in der Gegenwart – die dazu führt, dass es so ist. **Jede Ermordung, jede Brutalität, jede Zeit gewalttätiger Unterdrückung von Protestaktionen war niemals ausreichend, um in unserem Land ein Vorher und Nachher zu markieren.**

Die [Ermordung von Manuel Gutierrez](#) im Jahre 2011 hätte dieser Wendepunkt sein können. Manuel starb nach dem Schuss eines Carabinero (Nationale Polizei) während er gemeinsam mit seinem Bruder einer Demonstration zusah. Er war 16 Jahre alt. Wegen der damals geltenden Rechtslage wurde der Fall von der Militärjustiz geprüft und man verurteilte den Carabinero zu 400 Tagen Bewährungsstrafe („pena remitida“), eine Strafe, welche die Familie als Hohn empfand angesichts der Schwere dessen was geschehen war. Es gab jedoch keine bedeutenden Veränderungen.

[Der Bericht von Amnesty International „No sabia que existian dos justicias“ \(Ich wusste nicht, dass es zwei Arten von Recht gibt - 2016\)](#) belegte bei Demonstrationen und gegen Vertreter der Mapuche den Gebrauch exzessiver und wiederholter Gewalt durch die Polizeikräfte. Einige Jahre später gab es geringfügige Verbesserungen: ein Gesetz

wurde verabschiedet, wonach sichergestellt wurde, dass Fälle polizeilicher Gewalt vor den Zivilgerichten und nicht mehr vor Militärgerichten verhandelt werden.

Die [Ermordung von Camillo Catrillanca](#) im Jahre 2018 hätte ebenfalls den Bedarf an Änderungen aufzeigen können. Damals schossen Carabineros nicht nur ungerechtfertigt auf den jungen Mapuche, töteten ihn und nahmen unter Anwendung von Gewalt seinen jugendlichen Begleiter fest, sondern unternahmen auch Aktivitäten um dies alles zu verdecken. Erst in diesem Jahr wurden nach einer langwierigen Untersuchung 6 ehemalige Carabineros sowie ein Jurist und Exbeamter dieser Behörde wegen verschiedener Verantwortlichkeiten, darunter Totschlag, versuchter Totschlag, ungerechtfertigter Schusswaffengebrauch sowie Behinderung der Ermittlungen verurteilt. **3 ex-Carabineros werden zum ersten Mal eine Gefängnisstrafe antreten.**

Im Oktober 2019 haben wir die sogenannten "Sozialunruhen" in Chile erlebt. Das polizeiliche Handeln war genauso, wie wir es schon in früheren Jahren gesehen hatten, nur noch stärker: eine weit verbreitete übermäßige und unverhältnismäßige Gewaltanwendung, die ein Muster offenbart, das darauf abzielt, Menschen zu schaden, die ihre Meinung sagen. [Der Bericht von Amnesty International „Ojos sobre Chile“ \(Augen auf Chile 2020\)](#) liess keinen Zweifel daran, ebenso an der Notwendigkeit, die Verantwortlichkeiten entlang der Befehlskette zu untersuchen, die es unterlassen hatte, dem Geschehen Einhalt zu gebieten.

Mit anderen Worten: 48 Jahre nach dem Staatsstreich, 10 Jahre nach der Ermordung von Manuel Gutierrez, fast drei Jahre nach der Ermordung von Camillo Catrillanca und knapp ein Monat vor dem zweiten Jahrestag der „Sozialunruhen“ – hat sich das polizeiliche Handeln in Chile geändert?

Offensichtlich nicht. Der übermäßige Gebrauch von Gewalt bei der Kontrolle von Protesten, fragwürdiges polizeiliches Handeln unter verschiedenen Aspekten, Behinderung von Untersuchungen durch die Carabineros selber, und eine knallharte behördliche Abwehrstrategie zusätzlich zum schleppenden Fortgang der Untersuchungen von Menschenrechtsverletzungen wird fortgesetzt.

Das heisst, die Unterdrückung und Straflosigkeit gehen weiter, sowohl für die Opfer von gestern wie von heute. **Das ist etwas, was wir niemals einfach so „laufen lassen“ dürfen, wir müssen die**

Erinnerung daran aufrecht erhalten, bis diese Tradition der Straflosigkeit durchbrochen ist. Die Rechenschaftspflicht der gesamten Befehlskette in diesen Fällen einzufordern und die Forderung an die Behörden, wirklich hinter den Entscheidungen zu stehen und die Menschenrechte als Grundlage zu nehmen, einschließlich des Aufbaus einer neuen Polizei, die nach dieser Denkweise arbeitet, ist ein Weg, der beschränkt werden muss.

Hierfür steht die Kampagne [„Hagamos memoria“](#) von Amnesty International: die Notwendigkeit für Wahrheit, Gerechtigkeit und Ausgleich für alle Opfer, jener von gestern und der von heute. **Denn, wenn uns die jüngste Geschichte etwas gelehrt hat, dann dies, dass Straflosigkeit zur Wiederholung anstiftet.**

[übers. Hans Jahreiss, 29.09.2021]